

eines staatlichen Auftrags willkommen zu sein. Wenn Verantwortungspartnerschaft und die dauerhafte Übernahme öffentlicher Aufgaben durch zivilgesellschaftliche Akteure das Ziel sein soll, wird darüber nachzudenken sein, wie das Verhältnis der Vertragspartner sinnvoll und fair gestaltet werden kann, damit die kulturpolitischen Aufgaben bestmöglich erfüllt werden.

Noch eine Menge Staat

Was bedeutet nun dieser »Paradigmenwechsel« für die Entwicklung der Kulturpolitik? Er bedeutet vor allem, dass offenbar eine ordnungspolitische Neujustierung des Verhältnisses von Staat, Markt und Gesellschaft ansteht. Der Bericht ist ein Plädoyer dafür, dass der Staat stärker in

seiner gewährleistenden Funktion in die Pflicht genommen werden soll; als »aktivierende« Agentur wird ihm eine koordinierende Funktion zugewiesen, als planende Instanz soll er der Kulturpolitik konzeptionelle Substanz verleihen. Dagegen ist zwar nichts einzuwenden. Alles in allem steckt aber in den Vorschlägen noch eine Menge Staat, auch wenn die Verantwortung geteilt werden soll. Die Frage wird sein, ob jenseits der sinnvollen Modernisierungsabsicht die Autonomieansprüche von Kunst und Kultur sowie die Selbstständigkeit der Freien Träger geschützt oder gefährdet werden. Wenn es einen Fortschritt geben soll, dann muss diese Frage diskutiert werden. Der »aktivierende Staat« wird wohl kaum die Initiative dazu ergreifen. Deshalb sind die zivilgesellschaftlichen Akteure aufgefordert, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Eberhard Seidel

Chance für eine neue Diskussionsgrundlage

Kommentar zur Studie »Muslime in Deutschland«

Über Muslime in Deutschland und deren Verhältnis zur Demokratie wurde bisher viel geredet. Nun liegt auch eine empirische Studie vor, die weder zur Übertreibung noch zur Verharmlosung religiös motivierter Gewaltpotenziale Anlass bietet. Vielmehr ist sie nur ein erster Schritt. Auf die Problemanalyse muss nun die Erarbeitung von Lösungsansätzen folgen.

Eberhard Seidel

(* 1955) leitete von 1997 bis 2002 das Inlandressort der taz. Seitdem ist er Geschäftsführer des Projektes Schule ohne Rassismus.

eseidel429@aol.com



des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 treibt die Menschen auch hierzulande die Frage um: Wie halten es »unsere« Muslime mit der Gewalt, mit den Menschenrechten, mit der Demokratie?

In Hunderten von Berichten, Kommentaren und Reportagen wurde seitdem das Feld »Islam-Islamismus-Demokratie« neu vermessen. Die ausgestellten Befunde sind wenig ermutigend. Allzu kurz sei der Weg zwischen Religiosität und Terror-

Seit Jahren wird in Deutschland leidenschaftlich über den Islam und die Muslime debattiert. Spätestens mit der Ermordung

rismus, beklagen die einen. Andere wiederum bezweifeln, ob sich mit der muslimischen Minderheit auf Dauer ein gemeinsamer Staat machen ließe, denn zu gering seien die Schnittmengen bei gemeinsamen, demokratischen Werten. Die These, der Islam, und damit die Muslime, seien nicht kompatibel mit der Moderne, wurde in den Feuilletons variantenreich dekliniert.

Endlich Daten

Es waren Diskussionen der Bezeichnung, des Verdachts und der Spekulation. Denn bis in die Gegenwart fehlt ihnen etwas Entscheidendes – ein empirisches Fundament. Merkwürdigerweise schlug sich das öffentliche Interesse an den Themen »Islam und Muslime« nur in Ausnahmefällen in entsprechender sozialwissenschaftlicher Forschung nieder. Zu kaum einer Frage, die seit Jahren debattiert wurde, gibt es quantitative Studien. Und dort, wo es sie gibt, halten sie bezüglich Erhebungsmethode und Stichprobenqualität nur selten einer kritischen Betrachtung stand. Bisweilen drängte sich der Eindruck auf, dass man es so genau gar nicht wissen wolle.

2008 könnte sich in der Islamdebatte in Deutschland vieles ändern. Denn die Studie »Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt« des *Hamburger Instituts für Kriminalwissenschaften* liefert, was lange in der emotional geführten Auseinandersetzung fehlte: Zahlen, Daten, Fakten.

Rund 5.000 Muslime, einheimische Nichtmuslime und Nichtmuslime mit Migrationshintergrund wurden befragt – in Gruppendiskussionen und Einzelinterviews. Die zentralen Fragen der Untersuchungen lauteten unter anderem: Welchen Stellenwert hat der Islam und die individuelle Religiosität für in Deutschland le-

bende Muslime? Wie stellt sich die Integration der in Deutschland lebenden Muslime in die bundesdeutsche Gesellschaft dar? Besteht eine Beziehung zwischen Religiosität und politischen Einstellungen? Wie groß ist das Potenzial demokratiedistanter, für Radikalisierungsprozesse empfänglicher Muslime? Wie bewerten Muslime Formen von politisch-religiös motivierter Gewalt?

Die Studie ist ein Akt der Emanzipation und ein wichtiger Schritt hin zur sozialwissenschaftlichen Gleichstellung der muslimischen Minderheit mit der Mehrheitsgesellschaft. Zur Erinnerung: 1980 hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt die erste Sinus-Studie zum Rechtsextremismus in Auftrag gegeben. Seitdem lieferten Dutzende weiterer Untersuchungen Erkenntnisse, wie es um die Demokratiefähigkeit und Fremdenfeindlichkeit, den Autoritarismus und die Gewaltbereitschaft sowie den Antisemitismus der Deutschen bestellt ist. Diese Ergebnisse sind Grundlage für die politische, pädagogische und repressive Bearbeitung des Problems.

Die Studie »Muslime in Deutschland« könnte die Auseinandersetzung vom Kopf auf die Füße stellen. Denn die Ergebnisse stellen klar: Die mehr als drei Millionen Muslime in Deutschland sind keine fünfte Kolonne eines weltweit agierenden Dschihadismus. Sie haben mehr Ähnlichkeiten mit der Mehrheitsgesellschaft, als dieser möglicherweise lieb sein mag.

Der größte Unterschied zwischen muslimischer Minderheit und Mehrheitsgesellschaft besteht in der Bedeutung der Religion. Bei rund vierzig Prozent der Muslime in Deutschland wurden eine starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen, fundamentale Orientierungen und die Tendenz, den Islam gegenüber anderen Religionen aufzuwerten, festgestellt. Ein Grund zur Aufregung? Ausdrücklich betonen die Autoren der Studie, Katrin Brettfeld und Peter Wetzels: »Dies ist aber bei Weitem nicht gleichzusetzen mit dem Umfang

des Potenzials demokratiedistanter, intoleranter oder gar islamismusaffiner Haltungen unter Muslimen.«

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass etwa acht bis zwölf Prozent der mehr als drei Millionen Muslime in Deutschland eine »deutliche demokratiedistante Einstellung« aufweisen. Und das Potenzial der Muslime, die für eine »islamisch konnotierte Radikalisierung« erreichbar sind, wird auf zehn bis zwölf Prozent geschätzt,

also auf bis zu 350.000 Personen. Und knapp sechs Prozent der Muslime akzeptieren »massive Formen politisch-religiös motivierter Gewalt«. Das ist beunruhigend. Denn sechs Prozent von drei Millionen sind immerhin rund 180.000 Menschen.

Schockieren können diese Zahlen allerdings nur jene, die all die Studien zur Demokratiefeindlichkeit und zur Gewaltbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft bislang nicht zur Kenntnis genommen haben. Zwischen neun und dreizehn Prozent der Deutschen, also mehr als sieben Millionen, verfügen über ein geschlossenes, rechtsextremes Weltbild. Sie lehnen die Demokratie ab, befürworten Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und pflegen einen veritablen Antisemitismus.

Tatsächlich kommt die Studie »Muslime in Deutschland« zu dem Ergebnis: »Ein signifikant höheres Maß an Autoritarismus/Demokratiedistanz junger Muslime im Vergleich zu einheimischen Nichtmuslimen ist nicht nachzuweisen. (...) es handelt sich hier also nicht um ein für junge Muslime spezifisches Phänomen.«

Die Studie bietet auch einen Vergleich der Formen religiöser Intoleranz bei muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen in Deutschland. Der Aussage »Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig« stimmen wesentlich mehr muslimische Jugendliche (15,7 Prozent der Schüler, 9,4 Prozent der Studenten) als nichtmuslimische Jugendliche (5,4 Prozent und 4,9 Prozent) zu. Gleichzeitig ist die Christenfeindlichkeit bei muslimischen Jugendlichen sehr schwach ausgeprägt. Bei den nichtmuslimischen Gruppen ermittelt die Studie indes ein hohes Maß an auf den Islam bezogenen Vorurteilen. 17,2 Prozent der Schüler und 15 Prozent der Studenten stimmen der Aussage zu »Muslime sind intolerant und gewalttätig«. Das Fazit der Autoren: »Betrachtet man die verschiedenen Zielrich-

tungen der Vorurteile als vergleichbare Formen religiöser Intoleranz, dann zeigt sich, dass Unterschiede des Ausmaßes religiöser Intoleranz zwischen jugendlichen Muslimen und einheimischen Nichtmuslimen nicht mehr nachweisbar sind.«

Intoleranz eindämmen – bei Muslimen und Nichtmuslimen

Mit der Studie »Muslime in Deutschland« sind sich Muslime und Nichtmuslime näher gerückt – im Guten wie im Schlechten. Die Ergebnisse zeigen, dass unter den Muslimen eine Minderheit existiert, deren Einstellungen große Ähnlichkeiten mit dem aufweisen, was unter deutschstämmigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Begriffen wie Autoritarismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit sowie Rechtsextremismus umschrieben wird. Einziger Unterschied: In dem einen Fall wird die Ungleichheitsideologie religiös, im anderen Fall wird sie säkular, häufig rassistisch oder völkisch-nationalistisch begründet.

Einige Rezensenten der Studie zogen aufgrund dieser Parallelen etwas vorschnell das Resümee »Alles halb so schlimm!« und signalisierten Entwarnung. Das jedoch wäre die falsche Schlussfolgerung. Aus der intensiven Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus wissen wir, dass dieser unsere Demokratie zwar derzeit nicht in seinen Grundfesten erschüttern kann. Zu nachhaltigen Störungen ist er aber durchaus in der Lage. Von der Gefahr, die für potenzielle Opfergruppen von ihm ausgehen, ganz zu schweigen.

Die Erkenntnisse der Studie »Muslime in Deutschland« und die daraus resultierenden weiterführenden Fragestellungen liefern das Ausgangsmaterial, um sich den Einstellungen der Minderheiten mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Seriosität an-

zunähern, wie das bei der Mehrheitsgesellschaft zur Selbstverständlichkeit gehört. Sie differenziert, benennt Grenzen der Forschungsergebnisse, verweist auf weiteren Forschungsbedarf und verweigert sich vorschneller Schlussfolgerungen.

Als Folge der Ergebnisse der Rechtsextremismusforschung wurde in den zurückliegenden zwanzig Jahren ein komplexes Maßnahmenbündel entwickelt, um demokratiedistante Milieus zu integrieren. Konzepte präventiver Jugend- und Sozialarbeit stehen neben repressiven Maßnahmen zur Eindämmung radikalisierten Milieus und Akteure. Ergänzt wird dies durch Bundes- und Landesprogramme zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Demokratiebewusstseins in demokratiefernen Milieus. In Zukunft wird es darum gehen müssen, diese Erfahrungen auf die entsprechenden Milieus der Minderheiten zu transformieren und sie stärker als bisher in die Maßnahmen mit einzubeziehen. Vom Gelingen dieses Transformationsprozesses hängt für den demokratischen Bestand Deutschlands sehr viel ab.

Daher ist es auch zu begrüßen, dass die Autoren der Studie auf kulturalistische Deutungen der Ergebnisse und auf jeglichen Alarmismus verzichten. Durch die nüchterne Herangehensweise liefern sie eine Vorlage, der sich auch die Vertreter der muslimischen Minderheit nicht so einfach entziehen können. Auch sie müssen sich dem Befund stellen. Und der stellt klar: Es gibt ein Problem mit radikalisierten und demokratiedistanten Muslimen in Deutschland. Dieses schwappt zwar nicht einem Tsunami gleich über die Gesellschaft. Allerdings wäre es gleich dem Rechtsextremismus fahrlässig, die Augen vor dieser Herausforderung zu verschließen. Dieses Milieu einzuhegen, besser noch zu integrieren, ist gemeinsame Aufgabe aller Demokraten.